

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG

Zl. Verf-583/4/1985

Betreff: Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird;
Stellungnahme

Bezug:

Auskünfte: Dr. Glantschnig

Telefon: 0 42 22 - 536

Durchwahl 30204

Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.

An das

Präsidium des Nationalrates

1017 WIEN

STIMM GEGENSTAND	
65 -GE/19.85	
Datum:	20. SEP. 1985
Verteilt:	23. SEP. 1985 Kaminig

Dr. Otzwanger

Beiliegend werden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des
Amtes der Kärntner Landesregierung zum Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird, über-
mittelt.

Anlagen

Klagenfurt, 1985-09-17

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

Spindler

AMT DER KÄRNTNER LANDESREGIERUNG**Zl.** Verf-583/4/1985**Auskünfte:** Dr. Glantschnig**Betreff:** Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das
Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird ;
Stellungnahme**Telefon:** 0 42 22 - 536**Durchwahl** 30204**Bitte Eingaben ausschließlich
an die Behörde richten und die
Geschäftszahl anführen.****Bezug:****An das****Bundeskanzleramt****Ballhausplatz 2****1014 WIEN**

Zu dem mit do. Schreiben, GZ. 601.457/5-V/1/85, übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verwaltungsgerichtshofgesetz 1985 geändert wird, teilt das Amt der Kärntner Landesregierung mit, daß mit dem gegenständlichen Entwurf zwar auf die in Aussicht genommenen Regelungen bezüglich des Bürgerbeteiligungsverfahrens Bedacht genommen wird, daß jedoch eine Berücksichtigung der ebenfalls in Begutachtung stehenden gesetzlichen Regelungen über eine Umweltverträglichkeitsprüfung nicht erfolgt ist. Dort wird dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz ab der Durchführung der Anhörung in einem Bürgerbeteiligungsverfahren eine sechsmonatige Frist zur Abgabe eines Umweltverträglichkeitsgutachtens eingeräumt, im vorliegenden Entwurf wird aber zum selben Termin bereits die Möglichkeit der Einbringung einer Säumnisbeschwerde beim Verwaltungsgerichtshof vorgesehen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden unter einem dem Präsidium des Nationalrates übermittelt werden.

Klagenfurt, 1985-09-17

Für die Kärntner Landesregierung:

Der Landesamtsdirektor:

Dr. Lobenwein eh.

F.d.R.d.A.

